



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 21/19 • 23.05.2019



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

am 21. Mai tagte der Rat für Allgemeine Angelegenheiten u.a. zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 20./21. Juni. Die EU-Staats- und Regierungschefs werden auf ihrer Juni-Tagung voraussichtlich wichtige Beschlüsse fassen, z. B. über die Strategische Agenda der EU für den Zeitraum 2019 bis 2024. Bei ihren Beratungen werden sie sich auch auf den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen, den Klimawandel und die im Rahmen des Europäischen Semesters herausgegebenen länderspezifischen Empfehlungen konzentrieren.

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten hat zwei Beschlüsse angenommen, mit denen die Zusammensetzung des Ausschusses der Regionen und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses angepasst wird. Mit den Beschlüssen wird die Zusammensetzung dieser beratenden Einrichtungen der Union ab dem Beginn ihrer neuen Mandate im Jahr 2020 angepasst, wobei dem Austritt des Vereinigten Königreichs Rechnung getragen wird.

Außerdem wurde eine neue Richtlinie verabschiedet, mit der neue Beschränkungen für bestimmte Einwegkunststoffartikel festgelegt werden und es wurde eine neue Verordnung über Düngemittel angenommen in der die Normen für Düngemittel harmonisiert werden, die aus organischen oder sekundären Rohstoffen in der EU hergestellt werden.

Für die Details der Sitzung nutzen Sie diesen [Link](#).

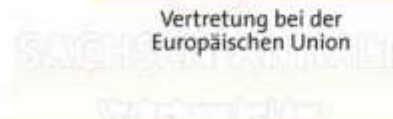
Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union



80



Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Europäische Kommission – EU-Haushalt 2019: 100 Millionen Euro zusätzlich für Forschung und Mobilität von Studierenden	
• Europäische Kommission – Europäische Bürgerinitiative „Rettet die Bienen!“ registriert	
• Urteil des EuGH - Arbeitszeit muss genau erfasst werden	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	7
• Neues Tool für Aufdeckung von Mehrwertsteuerbetrug im Einsatz	
• EU und Zentralasien: Neue Chancen für eine stärkere Partnerschaft	
• Europäischer Eisenbahnraum: bessere Regeln für Interoperabilität, weniger Lärm und leichter Zugang für Personen mit eingeschränkter Mobilität	
• Tag gegen Homophobie, Transphobie und Biphobie: EU tritt gegen Diskriminierung ein	
• Ausbau der europäischen Kapazitäten zur Prävention von Waldbränden	
• Grünes Licht für neue Regelungen zu Einwegplastik	
<u>Was, wann, wo</u>	11
• Das Magdeburger Recht: ein Exportschlager aus Sachsen-Anhalt	
• Europaminister Robra führt Gespräche in Brüssel zum Thema Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier	
• Exzellente Forschung aus Sachsen-Anhalt: Forschungsverbund „Autonomie im Alter“ stellt in der Landesvertretung Spitzenprojekte vor	
• Auftakt im EU-Projekt „DelFin“: Unternehmerisches Handeln mit sozialem Mehrwert verbinden	
• Frühjahrstreffen der Kooperationsplattform: 10 Jahre europäische Kooperation für Kommunen – 10 Jahre EU Service-Agentur	
•	
<u>Ausschreibungen</u>	18
• KOM – Diverse Stellenausschreibungen	
• EZB - Externe Sachverständige (m/w) zur Ernennung zum Mitglied des Administrativen Überprüfungsausschusses	
• Eine Karriere in Europa	
• Kampagne „Europa in meiner Region“ - Hilfe für Präsentation EU-finanzierter Projekte	
<u>Kontaktbörse</u>	22
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
• Lernen Sie uns besser kennen – Jetzt für den Newsletter des Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt anmelden!	
<u>Büro intern / Tipp</u>	25
• Tipp – Informationen über die EU - Rednerdienst vermittelt Experten für EU-Themen	
• Tipp - Europabildung in der Grundschule: Wochenschau-Verlag hat Buch für Unterrichtspraxis herausgebracht	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	29
<u>Impressum</u>	30



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Kommission – EU-Haushalt 2019: 100 Millionen Euro zusätzlich für Forschung und Mobilität von Studierenden

Die EU-Kommission hat am 15. Mai vorgeschlagen, zusätzliche Mittel in Höhe von 100 Mio. Euro für das Forschungsprogramm Horizont 2020 und das Mobilitätsprogramm Erasmus+ bereitzustellen. Grundlage ist eine zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat erzielte Einigung über den [EU-Haushalt 2019](#).

Von den zusätzlichen 100 Mio. Euro werden 80 Mio. Euro für klimabezogene Forschung im Rahmen von „Horizont 2020“ bereitgestellt. Diese Mittel werden zur Verwirklichung des ambitionierten Ziels beitragen, 35 Prozent der Mittelausstattung von Horizont 2020 für klimabezogene Forschung einzusetzen.

Mit den restlichen 20 Mio. Euro wird das EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport in Europa, Erasmus+, gefördert. Diese zusätzlichen Gelder werden bis 2025 auch in den Ausbau sogenannter Europäischer Hochschulen fließen, eine neue EU-Initiative, die das Herzstück des europäischen Bildungsraums darstellt. Bis 2021 will die EU zwölf Europäische Hochschulen errichten. Dort können Studierende einen Abschluss erwerben, indem sie in verschiedenen EU-Ländern absolvierte Studien kombinieren. Damit wird auch ein Beitrag zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit Europäischer Hochschulen inner- und außerhalb der EU geleistet.

Dem vorgelegten Vorschlag müssen das Europäische Parlaments und der Rat noch zustimmen.

4

Am 4. Dezember 2018 erzielten das Europäische Parlament und der Rat mit Unterstützung der Kommission eine Einigung über den EU-Haushalt 2019. Im Rahmen dieser Einigung wurde beschlossen, im Frühjahr 2019 weitere 100 Mio. Euro für die EU-Leitprogramme Horizont 2020 und Erasmus+ bereitzustellen, sobald nicht ausgeschöpfte Mittel aus den Vorjahren neu programmiert werden können. Die Kommission unterbreitet heute einen Vorschlag zur Umsetzung dieser Einigung. Nach der nun vorgeschlagenen Aufstockung um 100 Mio. Euro wird sich das Gesamtbudget für Forschung und Mobilität von Studierenden im Jahr 2019 auf 15,2 Mrd. Euro belaufen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: [EU-Haushalt: Zusätzliche Mittel in Höhe von 100 Mio. € für Programme im Bereich der Forschung und der Mobilität von Studierenden im Jahr 2019](#)

Pressemitteilung: [Der EU-Haushaltsplan für 2019: Wachstum, Solidarität und Sicherheit in Europa und darüber hinaus - vorläufige Einigung erzielt](#)

Website der Kommission zu [Horizont 2020](#)

Website der Kommission zu [Erasmus+](#)

Europäische Kommission – Europäische Bürgerinitiative „Rettet die Bienen!“ registriert

Die Europäische Kommission hat am 15. Mai die Europäische Bürgerinitiative „Rettet die Bienen!“ entgegen genommen. Die Organisatoren, darunter die Initiatoren des bayerischen



Volksbegehrens zum selben Thema, fordern die Kommission dazu auf, „Rechtsvorschriften zu erlassen, um Lebensräume für Insekten als Indikatoren einer intakten Umwelt zu erhalten und zu verbessern“.

Zu den wichtigsten Zielen der Initiative gehört die Schaffung verbindlicher Ziele, „um die Förderung der Biodiversität übergeordnetes Ziel der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) werden zu lassen; um den Pestizideinsatz drastisch zu reduzieren, gefährliche Pestizide ausnahmslos zu verbieten und Zulassungskriterien zu reformieren; um die Strukturvielfalt in Agrarlandschaften zu fördern; um die Nährstoffeinträge wirksam zu reduzieren (z. B. Natura 2000); um Schutzgebiete wirksam zu etablieren; um Forschung und Monitoring zu intensivieren sowie die Bildung zu verbessern.“

Nach den EU-Verträgen kann die Union rechtliche Maßnahmen unter anderem in den Bereichen Binnenmarkt, Agrarpolitik sowie Schutz der öffentlichen Gesundheit und der Qualität der Umwelt ergreifen. Die Kommission stuft die Initiative daher als rechtlich zulässig ein und hat beschlossen, sie zu registrieren. Eine inhaltliche Prüfung der Initiative hat die Kommission zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorgenommen.

Die Initiative wird am 27. Mai 2019 registriert. Von da an haben die Organisatoren ein Jahr Zeit, Unterschriften zur Unterstützung ihres Vorschlags zu sammeln. Sollte die Bürgerinitiative innerhalb eines Jahres eine Million Unterstützungsbekundungen aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedstaaten erhalten, muss die Kommission innerhalb von drei Monaten reagieren. Die Kommission kann entscheiden, ob sie der Aufforderung nachkommen will oder nicht, muss ihre Entscheidung aber in jedem Fall begründen.

Die Europäische Bürgerinitiative wurde mit dem Vertrag von Lissabon eingeführt. Seit dem Wirksamwerden der daraus resultierenden Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative im April 2012 haben die Bürgerinnen und Bürger Europas die Möglichkeit, ein bestimmtes Thema auf die politische Tagesordnung der Kommission setzen zu lassen.



**Europäische
Bürgerinitiative**

2017 legte die Europäische Kommission im Zusammenhang mit der Rede von Präsident Juncker zur Lage der Union [Vorschläge zur Reform der Europäischen Bürgerinitiative](#) vor, um sie noch nutzerfreundlicher zu gestalten. Im [Dezember 2018](#) erzielten das Europäische Parlament und der Rat eine Einigung über die Reform. Die überarbeiteten Vorschriften gelten ab dem 1. Januar 2020. In der Zwischenzeit wurde das Verfahren vereinfacht und eine Kooperationsplattform bietet nun Unterstützung für die Organisatoren.

Ist eine Europäische Bürgerinitiative förmlich registriert, so können eine Million Bürgerinnen und Bürger aus mindestens einem Viertel der EU-Mitgliedstaaten die Europäische Kommission dazu auffordern, im Rahmen ihrer Befugnisse einen Rechtsakt vorzulegen.

Dafür gelten folgende Zulässigkeitsvoraussetzungen: Die geplante Initiative liegt nicht offenkundig außerhalb des Rahmens, in dem die Kommission zur Vorlage von Vorschlägen für Rechtsakte befugt ist, sie ist nicht offenkundig missbräuchlich, unseriös oder schikanös, und sie verstößt nicht offenkundig gegen die Werte der Union. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen

Vollständiger Wortlaut der geplanten Europäischen Bürgerinitiative (abrufbar ab dem 27. Mai)

[Europäische Bürgerinitiativen, für die derzeit Unterschriften gesammelt werden](#)

[Website „Die Europäische Bürgerinitiative“](#)

[Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative](#)



Urteil des EuGH - Arbeitszeit muss genau erfasst werden

Unternehmen in der EU sind nach europäischem Recht verpflichtet, die tatsächliche, tägliche Arbeitszeit ihrer Mitarbeiter zu erfassen. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in einem Urteil festgestellt. Den Mitgliedstaaten stehe es frei, die geeignetsten Zeiterfassungssysteme vorzugeben. Werden die Arbeitszeit nicht festgehalten, fehlten Arbeitgebern und Beschäftigten die Möglichkeit, die Einhaltung der maximal zulässigen Arbeitszeiten zu kontrollieren, zwischen Regelarbeitszeit und Überstunden zu unterscheiden oder zu überprüfen, ob die EU-Vorgaben zum Schutz von Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz eingehalten werden, heißt es im Urteil.

Hintergrund ist ein Rechtsstreit zwischen der spanischen Gewerkschaft CCOO und der Deutsche Bank SAE in Spanien. In Deutschland sind Arbeitgeber derzeit nur verpflichtet, Überstunden zu erfassen. C-55/18 • *eag Quelle: EU-Nachrichten 09/19*

Zur Website des [EuGH](#)



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Neues Tool für Aufdeckung von Mehrwertsteuerbetrug im Einsatz

Seit dem 15. Mai ist ein neues Instrument im Einsatz, mit dem die EU-Staaten Mehrwertsteuerbetrug schneller aufdecken können. Das **Transaction-Network-Analysis-Tool (TNA)** bietet den Steuerbehörden einen schnellen und unkomplizierten Zugang zu Informationen über grenzüberschreitende Umsätze. Sie können so rasch agieren, wenn ein potenzieller Fall von Mehrwertsteuerbetrug angezeigt wird. Den Mitgliedstaaten entgehen jedes Jahr bis zu 50 Mrd. Euro an Steuereinnahmen durch Mehrwertsteuerbetrug.

Das Transaction-Network-Analysis-Tool (TNA) ist Teil der anhaltenden Bemühungen der Kommission für ein modernes und betrugssicheres Mehrwertsteuersystem. Mehrwertsteuerbetrug erfordert mitunter nur wenige Augenblicke – umso wichtiger ist es, dass die Mitgliedstaaten über Instrumente für ein möglichst rasches und effizientes Handeln verfügen. Das neue Tool wird es den Mitgliedstaaten erlauben, Mehrwertsteuerdaten rasch auszutauschen und gemeinsam zu verarbeiten und so verdächtige Netze früher aufzudecken. Die TNA, die in enger Zusammenarbeit von den Mitgliedstaaten und der Kommission entwickelt wurde, wird auch eine sehr viel intensivere Kooperation innerhalb des EU-Experten Netzwerks für die Betrugsbekämpfung („Eurofisc“) bei der gemeinsamen Datenauswertung ermöglichen. So kann Karussellbetrug noch schneller und effizienter aufgedeckt und abgestellt werden. Die TNA wird die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen nationalen Steuerbeamten fördern, da die Eurofisc-Beamten Informationen nunmehr mit Strafregistern, Datenbanken und Informationen von Europol und der EU-Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF abgleichen und grenzüberschreitende Ermittlungen koordinieren können.

Das gemeinsame Mehrwertsteuersystem spielt im EU-Binnenmarkt eine wichtige Rolle. So ist die Mehrwertsteuer eine bedeutende und wachsende Einnahmequelle der EU-Mitgliedstaaten, die 2015 über 1 Billion Euro einbrachte und damit 7 Prozent des BIP der EU ausmachte. Darüber hinaus stellt sie eine der Eigenmittelquellen der EU dar. Als Verbrauchsteuer ist sie eine der wachstumsfreundlichsten Formen der Besteuerung.

Die Kommission hat sich konsequent für die Reform des Mehrwertsteuersystems eingesetzt, um es weniger betrugsanfällig zu machen. Fortschritte gab es bei den neuen Vorschriften für die Mehrwertsteuer auf Online-Verkäufe sowie bei effizienteren Bestimmungen für den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten.

Die Vorschläge der Kommission zur Einrichtung eines unternehmerfreundlichen und weniger betrugsanfälligen endgültigen EU-Mehrwertsteuerraums kommen hingegen nur schleppend voran. Im Oktober 2017 hatte die Kommission eine grundlegende Reform des derzeitigen Systems vorgeschlagen. • *eag Quelle: PM KOM*

EU und Zentralasien: Neue Chancen für eine stärkere Partnerschaft

Die Europäische Union will ihre Beziehungen zu den zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgisische Republik, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan stärken. Sie hat dazu am 15.



Mai ihre Vision für eine erneuerte Partnerschaft mit Zentralasien vorgestellt und ihre erstmals 2007 festgelegte Strategie für die Beziehungen zu der Region aktualisiert.

In der Gemeinsamen Mitteilung wird vorgeschlagen, dass sich die EU bei ihrem künftigen Engagement auf zwei Aspekte konzentriert:

- eine **Partnerschaft für Resilienz** durch die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der zentralasiatischen Staaten gegenüber internen und externen Schocks und die Verbesserung ihrer Fähigkeit, Reformen selbst in die Hand zu nehmen,
- und eine **Partnerschaft für Wohlstand** durch Unterstützung der wirtschaftlichen Modernisierung, Förderung einer nachhaltigen Vernetzung und Investitionen in die Jugend.

Darüber hinaus ist die EU entschlossen, in die regionale Zusammenarbeit in Zentralasien zu investieren, um die Länder der Region entsprechend ihrem eigenen Tempo bei der Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen ihnen zu unterstützen.

Neben dem erweiterten Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit, das die Europäische Union mit Kasachstan unterzeichnet hat, plant die EU, die Verhandlungen über ähnliche Abkommen mit Usbekistan und der Kirgisischen Republik abzuschließen und ihre gesamte Palette an Entwicklungsinstrumenten in der Region bestmöglich zu nutzen.

Im Einklang mit ihrer [Strategie zur Förderung der Konnektivität zwischen Europa und Asien](#) und unter Nutzung der bestehenden Kooperationsrahmen wird die EU mit den zentralasiatischen Ländern gegebenenfalls Partnerschaften für eine nachhaltige Vernetzung einrichten, die sich auf Marktgrundsätze und internationale Standards stützen sowie Transparenz gewährleisten. Zu den Bereichen der Zusammenarbeit sollen Verkehr, Energie und digitale Verbindungen sowie direkte Kontakte zwischen den Menschen gehören.

Da die zentralasiatischen Staaten ein grundlegendes Interesse an der Zukunft Afghanistans haben, will die EU bei der Förderung des Friedens in diesem Land intensiver mit ihnen zusammenarbeiten. Daher werden die Einbeziehung Afghanistans – soweit sinnvoll – in die einschlägigen Dialogtreffen und Regionalprogramme EU-Zentralasien sowie die Unterstützung von mehr regionalen und trilateralen Kooperationsprojekten mit afghanischen und zentralasiatischen Partnern weiterhin eine Priorität bleiben.

Die aktuell von der Europäischen Kommission und der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik verabschiedete Gemeinsame Mitteilung wird nun im Rat und im Europäischen Parlament erörtert werden.

Die Hohe Vertreterin/Vizepräsidentin Mogherini und Kommissionsmitglied Mimica werden den zentralasiatischen Partnern die neue EU-Strategie für Zentralasien voraussichtlich während des 15. Ministertreffens EU-Zentralasien am 7. Juli in Bischkek (Kirgisische Republik) offiziell vorstellen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: [The European Union and Central Asia: New opportunities for a stronger partnership](#)

[Gemeinsame Mitteilung – Die EU und Zentralasien: Neue Chancen für eine stärkere Partnerschaft](#)

[Factsheet zu den Beziehungen EU-Zentralasien](#)

[Website der Delegation der Europäischen Union in Kasachstan](#)

[Website der Delegation der Europäischen Union in der Kirgisischen Republik](#)

[Website der Delegation der Europäischen Union in Tadschikistan](#)

[Website des Verbindungsbüros der Europäischen Union in Turkmenistan](#)

[Website der Delegation der Europäischen Union in Usbekistan](#)



Europäischer Eisenbahnraum: bessere Regeln für Interoperabilität, weniger Lärm und leichter Zugang für Personen mit eingeschränkter Mobilität

Weniger Lärm, mehr Service für Menschen mit eingeschränkter Mobilität und bessere Interoperabilität: Die EU-Kommission hat am 16. Mai für den europäischen Schienenverkehr neue Vorschriften erlassen.

Die verabschiedeten neuen Regeln werden auch die Einführung interoperabler Zugverbindungen und insbesondere des Europäischen Eisenbahnverkehrsleitsystems (ERTMS) erleichtern. Diese sind die Grundlage für die Digitalisierung der Eisenbahnen und die Einführung automatisierter Dienste zum Nutzen der europäischen Bürger und der europäischen Industrie. Außerdem werden die Kosten und den Verwaltungsaufwand erheblich verringert, indem in Zukunft die Europäische Eisenbahnagentur (ERA) für die Erteilung von EU-Fahrzeuggenehmigungen und die Zertifizierung von Betriebsabläufen zuständig sein wird.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Das Vierte Eisenbahnpaket](#)

[Daily News vom 16.5.2019](#)

Tag gegen Homophobie, Transphobie und Biphobie: EU tritt gegen Diskriminierung ein

Zum Internationalen Tag gegen Homophobie am 17. Mai hat die Europäische Kommission zu einem entschiedenen Eintreten gegen die Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen (LGBTI) in der EU und weltweit aufgerufen.



Die EU werde gemeinsam mit ihren Mitgliedstaaten weiterhin die Arbeit von Aktivisten unterstützen, die sich für die Rechte der Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen einsetzen.

Im März dieses Jahres hatte die Europäische Kommission ihren [Jahresbericht über die Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung der LGBTI-Gleichstellung](#) im Jahr 2018 veröffentlicht, der einen Überblick über das ehrgeizige Maßnahmenpaket gibt, das die Kommission zur Bekämpfung der Diskriminierung von LGBTI-Personen durchführt. Am 15. Juni wird Kommissarin Jourová für die Europäische Kommission an der EuroPride-Parade in Wien teilnehmen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen

[Daily News vom 16.05.2019](#)

[Website zum Thema](#)



Ausbau der europäischen Kapazitäten zur Prävention von Waldbränden

Im Rahmen des gemeinsamen Systems zur Bewältigung von Naturkatastrophen hat die Europäische Kommission die Kapazitäten für die Prävention von Waldbränden verbessert. Der zuständige Kommissar Christos Stylianides hat am 21. Mai 2019 die erste Flotte vorgestellt. Diese besteht zunächst aus sieben Löschflugzeugen und sechs Löschhubschraubern, die für Einsätze zur Verfügung stehen. In Zusammenarbeit mit den teilnehmenden Mitgliedstaaten sollen die Kapazitäten in den nächsten Wochen weiter ausgebaut werden.

Darüber hinaus werden die europäischen Überwachungs- und Koordinierungskapazitäten zur Vorbereitung der Waldbrandsaison erweitert. Dazu wird das EU-Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen durch ein Team aus nationalen Experten verstärkt.

Die entsprechende Pressemitteilung und weitergehende Informationen finden Sie [hier](#). • *sm*

Grünes Licht für neue Regelungen zu Einwegplastik

Am 21. Mai 2019 haben auch die Mitgliedstaaten den Weg für neue Vorgaben zu Einwegplastikprodukten frei gemacht. Die Vorschriften sehen unterschiedliche Maßnahmen für verschiedene Produkte vor. Dazu gehören ein Verbot bestimmter Einwegkunststoffe wie Besteck, Teller und Trinkhalme, Maßnahmen zur Reduzierung des Verbrauchs von Lebensmittelverpackungen und Getränkebechern, Systeme der erweiterten Herstellerverantwortung sowie eine Mindestquote von 90 % für die getrennte Sammlung von Kunststoffflaschen bis 2029.

Die Richtlinie tritt 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Innerhalb von zwei Jahren müssen die Mitgliedstaaten sie in nationales Recht umsetzen.

Die entsprechende Pressemitteilung und weitergehende Informationen finden Sie [hier](#). • *sm*



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Das Magdeburger Recht: ein Exportschlager aus Sachsen-Anhalt

In Vorbereitung auf die am 01. September 2019 beginnende Sonderausstellung im Kulturhistorischen Museum Magdeburg, welche unter dem Titel „Faszination Stadt: Die Urbanisierung Europas im Mittelalter und das Magdeburger Recht“ steht, lud die Landesvertretung Sachsen-Anhalt am **16. Mai** 2019 zu einer Abendveranstaltung in ihre



Räumlichkeiten ein.

In seiner Begrüßungsrede hob Staatsminister Rainer Robra die Vorbildfunktion des Magdeburger Rechtes hervor und würdigte die im September 2019 beginnende und unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten stehende Sonderausstellung als einen wichtigen Schritt auf dem Weg Magdeburgs zur Kulturhauptstadt Europas im Jahr 2025.

Den nachfolgenden Teil der Veranstaltung gestaltete ein international besetztes Podiumsgespräch, an welchem Dr. Gabriele Köster (Direktorin der Magdeburger Museen), Dr. Christina Link (Kuratorin der Ausstellung „Faszination Stadt“), Dr. Jolanta Karpavičienė (Nationalmuseum Palast der Großfürsten von Litauen) und Prof. Dr. Heiner Lück (Universität Halle-Wittenberg und Sächsische Akademie der Wissenschaften) teilnahmen. Die Moderation übernahm Heinrich Natho, welcher



ebenfalls für die Magdeburger Museen tätig ist. Im Zuge des Podiumsgespräches wurden vornehmlich die historische Dimension und die Bedeutung des Magdeburger Rechtes für die Städte des Mittelalters erörtert. Insbesondere dessen Auswirkungen auf das Zusammenleben der Menschen sowie der Beitrag zur Entwicklung der Städte hin zu Zentren des Friedens und des Wohlstandes wurden verdeutlicht.

Abgerundet wurde der historische Diskurs durch die musikalische Untermalung des Ensembles „Triskilian“, welches das Publikum in die Zeit des Mittelalters mitnahm.

Die Ausstellung im Kulturhistorischen Museum Magdeburg kann im Zeitraum vom 01. September 2019 bis zum 02. Februar 2020 besichtigt werden - eine gute Gelegenheit der Landeshauptstadt einen Besuch abzustatten. • mw

© Fotos: A. Bienenstock



Europaminister Robra führt Gespräche in Brüssel zum Thema Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier

Rainer Robra, Staats- und Europaminister, Minister für Kultur und Chef der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt, reiste am **16. Mai** 2019 nach Brüssel, um mehrere Termine mit Vertretern der EU-Institutionen wahrzunehmen. Im Mittelpunkt standen dabei die Themen Programmierung der künftigen Strukturfondsförderperiode sowie Fragen des Strukturwandels im Mitteldeutschen Revier.

Neben einem Austausch mit Thomas Wobben, Direktor für Legislativtätigkeiten im Ausschuss der Regionen und ehemaliger Leiter der Landesvertretung Sachsen-Anhalts bei der EU, wurden Termine in der Generaldirektion REGIO der EU-Kommission wahrgenommen. Gesprächspartner waren unter anderem Erich Unterwurzacher (Direktor Abschluss und Großprojekte und Implementierung III), Rudolf Niessler (Direktor Intelligentes und nachhaltiges Wachstum, GD REGIO) und Leo Maier (Referatsleiter, Unit Deutschland, Niederlande, Österreich).

Minister Robra betonte die Notwendigkeit ausreichender regionaler Spielräume für den Einsatz der europäischen Struktur- und Investitionsfonds zur Flankierung des Kohleausstiegs im Mitteldeutschen Revier. Er hob den bereichsübergreifenden Prozess des Strukturwandels hervor, der EU-seitig Planungsbeschleunigungsmaßnahmen bei Infrastrukturvorhaben sowie Modifikationen des Beihilferahmens notwendig mache. Wenn man die CO₂-Reduktionsziele erreichen wolle, müsse man auch die Voraussetzungen dafür schaffen. Der Kohleausstieg sei ein solch disruptiver Prozess, der entsprechende Maßnahmen der Politik fordere. Man sprach zudem über den Vorschlag des EU-Parlaments für einen Fonds für eine gerechte Energiewende für die ab 2021 beginnende Förderperiode, aber auch über andere Möglichkeiten, wie den Ausgleich über Wege innerhalb der Instrumente der Kohäsionspolitik, der zielführender sei, so Minister Robra.

Darüber hinaus sensibilisierte der Minister für die Besonderheiten ostdeutscher Übergangsregionen, insbesondere dahingehend, dass die Fokussierung der Investitionsleitlinien der EU-Kommission auf Innovation im Zusammenhang mit dem politischen Ziel 1 („intelligenteres Europa durch die Förderung eines innovativen und intelligenten wirtschaftlichen Wandels“) der ostdeutschen Situation nicht ausreichend Rechnung trage. Gerade für die Entwicklung Ostdeutschlands sei es wichtig, auch Unternehmen bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, unabhängig vom Innovationsbezug, unterstützen zu können. *dw*



Exzellente Forschung aus Sachsen-Anhalt: Forschungsverbund „Autonomie im Alter“ stellt in der Landesvertretung Spitzenprojekte vor

Am **22. Mai** stellten Wissenschaftler des Forschungsverbunds „Autonomie im Alter“ in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Brüssel aktuelle Projekte vor. Die durch Strukturfonds geförderten Spitzenprojekte sind durch die Verbundstruktur inhaltlich verknüpft und stellen damit einen strategischen innovationsbasierten Ansatz zur Lösung der mit dem demografischen Wandel verbundenen Probleme dar. Die Veranstaltung wurde in Zusammenarbeit mit dem Ministerium Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung Sachsen-Anhalt (MW) organisiert und zielte darauf ab, zukunftssträchtige Lösungsansätze für die Herausforderungen des demografischen Wandels darzustellen. Da in Sachsen-Anhalt der Alterungsprozess der Gesellschaft überdurchschnittlich fortgeschritten ist, kann das Land als eine Modellregion für viele andere Regionen Europas dienen, die mit diesen Problemlagen konfrontiert sind bzw. sein werden. Unter den zahlreichen Teilnehmern waren Vertreter der Kommission, der Hochschulen, wissenschaftlicher Verbände sowie der Brüsseler Büros der Bundesländer und anderer europäischer Regionen. Zu Beginn umriss Herr Staatssekretär Dr. Jürgen Ude vom MW im Kontext der mit der Alterung der Gesellschaft verbundenen wachsenden Demenzerkrankungen die strategischen Maßnahmen des Landes zur Weiterentwicklung der Pflege. Sachsen-Anhalt könne europaweit als Modellregion für die Bewältigung der mit dem demografischen Wandel verbundenen gesellschaftspolitischen Herausforderungen dienen. Man habe daher die Bedeutung der Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene erkannt und ziele darauf ab, durch die aktive Mitwirkung in Netzwerken wie ERRIN und der Vanguard Initiative sowie durch die Weiterentwicklung der Regionalen Innovationsstrategie verbesserte Bedingungen für die Forschungs-

Im Anschluss stellte Jean-Luc Sanne der Generaldirektion Forschung der Kommission die Schwerpunkte der Gesundheitsforschung im aktuellen und zukünftigen EU-Forschungsrahmenprogramm vor. Bereits aktuell wachse die Bedeutung der Beteiligung der Regionen in einschlägigen Forschungsinitiativen wie der Plattform zur intelligenten Spezialisierung in personalisierter Medizin. Zukünftig werde das Gesundheitscluster in „Horizont Europa“ durch die Einbindung regionaler Stakeholder im laufenden strategischen Planungsprozess zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms und die Missionsorientierung zur





Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen auch verstärkt auf in den Regionen stattfindende Forschung abstellen.



Die Leiterin des Instituts für Gesundheits- und Pflegewissenschaft an der Martin-Luther-Universität in Halle (MLU), Prof. Dr. Gabriele Meyer, stellte im Anschluss das Projekt „Dementia Care Nurse“ (DCN) vor, das die Qualifikation für erweiterte Kompetenzen von Pflegenden zur vernetzten quartierbezogenen Versorgung von Menschen mit Demenz entwickle. Festzuhalten sei, dass die Mehrzahl der Menschen mit Demenz zu Hause

versorgt werden, zugleich aber die gezielte Unterstützung von Menschen mit Demenz und ihren Pflegenden in Deutschland eher fragmentiert sei. Durch die maßgeschneiderte und bedarfsorientierte Begleitung durch die DCN soll die häusliche Versorgung nicht zuletzt zur Entlastung des Gesundheitssystems gestärkt werden.

Prof. Dr. Emrah Düzel, Leiter der klinischen Forschung des Deutschen Zentrums für



neurologische Erkrankungen in Magdeburg umriss in einem Folgebeitrag das Projekt „TeamSenior“. Das Vorhaben entwickle zur Bekämpfung der mit körperlicher und geistiger Inaktivität verbundenen Demenzfortschritte angesichts der mangelnden Verfügbarkeit von Pflegekräften und finanziellen Ressourcen neue teils digital gestützte Methoden der Verbesserung der Hirn- und Körperleistung u.a. durch die Einbindung freiwilliger

Betreuer. Diese Methoden haben sich bislang als außerordentlich effektiv bei der Verbesserung des Gesundheitszustands der Patienten erwiesen.

Im Anschluss stellte der ehem. Leiter der Stabsstelle Pflegeforschung an der MLU das Projekt „Fast integration of assistive technics (FORMAT)“ dar. Der Schwerpunkt des Vorhabens sei die Erfassung der Akzeptanz der Nutzung von auf Robotik und künstlicher Intelligenz gestützten



assistiven Systemen und die darauf basierende Entwicklung von multimodalen Bildungsangeboten. Da die Bereitschaft, diese Systeme zu nutzen dem Bedarf folge, müsse die Entwicklung einschlägiger Systeme die Präferenzen der Adressaten berücksichtigen, weshalb das Projekt ein sog. Future Lab als Lehr- und Experimentierraum innovativer Assistenzsysteme in der Pflege eingerichtet habe.

In der anschließenden Paneldiskussion wurde u.a. betont, dass die von den Projekten entwickelten Methoden und Modelle den Optimierungsbedarf im deutschen Gesundheitssystem verdeutlichen und zugleich durchaus Relevanz für andere Bereiche und Regionen entfalten. Voraussetzung für eine erfolgsträchtige Anwendung entsprechender Methoden seien fundierte Anschlussforschungen zur Verbesserung der wissenschaftlichen Erfahrungswerte. Auch sei es wichtig, auf EU-Ebene einschlägige Förderinstrumente vorzusehen und die Synergien zwischen regionalen und EU-Forschungsinitiativen zu verbessern.

Auftakt im EU-Projekt „DelFin“: Unternehmerisches Handeln mit sozialem Mehrwert verbinden



Magdeburg. Am **14. Mai** trafen sich erstmalig die regionalen Vertreter des INTERREG Central Europe-Projekts DelFin in der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB). Das im April gestartete Projekt setzt sich für soziale Innovationen und soziales Unternehmertum im ländlichen Raum ein. Innerhalb der nächsten drei Jahre sollen die Unterstützungsstrukturen und die Finanzierung solcher Vorhaben in Sachsen-Anhalt verbessert werden.



Zum ersten Mal übernimmt die Investitionsbank bei einem solchen EU-Kooperationsprojekt die Leitung. „Sozialunternehmen entwickeln Produkte oder Dienstleistungen zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen und nicht primär um Gewinne zu maximieren. Dabei wird unternehmerisches Handeln mit einem sozialen oder ökologischen Mehrwert verbunden. Wir wollen die Rahmenbedingungen für solche Unternehmensmodelle verbessern – und damit den wirtschaftlichen Transformationsprozess in ländlichen Regionen unterstützen“, unterstreicht Projektleiterin Claudia Zott.

Hierzulande will die Investitionsbank Sachsen-Anhalt gemeinsam mit dem Merseburger Innovations- und Technologiezentrum (Mitz) den Saalekreis als Modellregion näher untersuchen und u. a. folgende Fragestellungen beantworten: Wie ist die Sozialunternehmer-Landschaft im Saalekreis und in Sachsen-Anhalt gestaltet? Welche Unterstützung gibt es bereits? Wie müssen Förder- und Finanzierungsinstrumente für Sozialunternehmer genau aussehen?

„Sozialunternehmer oder potentielle Gründer benötigen unternehmerische und finanzielle Unterstützung, die auf ihre Bedarfe zugeschnitten ist. Dafür wollen wir im Projekt DelFin Angebote entwickeln und gemeinsam mit interessierten Gründern in einem Pilotprogramm testen“, so Kathrin Schaper-Thoma, Geschäftsführerin MitZ.

In Sachsen-Anhalt wird das Projekt vom Kompetenzzentrum Soziale Innovation, vom Landkreis Saalekreis sowie vom Wirtschafts- und Sozialministerium unterstützt.



Zum Auftakt hat die Investitionsbank auch die weiteren sechs europäischen Partner aus Ungarn, Kroatien und Italien empfangen. Vom internationalen Austausch profitierten alle Projektpartner: Während sich die Investitionsbank mit ihrem Know-how zu Förder- und Finanzierungsinstrumenten einbringt, haben sich andere Partner bereits intensiv mit dem Sozialunternehmertum beschäftigt. So organisiert die italienische Stiftung „Fondazione Giacomo Brodolini“ beispielsweise mehrere „Social-Impact-Hubs“ und berät Sozialunternehmen oder die kroatische Agentur „Brodoto“ initiiert Crowdfunding-Aktionen. Bis 2022 stehen für das DelFin-Projekt insgesamt 1,9 Mio. Euro zur Verfügung, davon werden 1,56 Mio. Euro aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) bereitgestellt.



• *Gastartikel Michaela Kern*

Kommunikation/Vertrieb

Investitionsbank Sachsen-Anhalt, Anstalt der Norddeutschen Landesbank Girozentrale

Domplatz 12, 39104 Magdeburg, Telefon: 0391 589-8518, Fax: 0391 589-1674

E-Mail: <mailto:michaela.kern@ib-lsa.de> web: www.ib-sachsen-anhalt.de

Frühjahrstreffen der Kooperationsplattform: 10 Jahre europäische Kooperation für Kommunen – 10 Jahre EU Service-Agentur

Mehr als 50 EU-Akteure folgten am **16. Mai** der Einladung der EU Service-Agentur der Investitionsbank Sachsen-Anhalt zum Frühjahrstreffen der Kooperationsplattform.

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der EU Service-Agentur eröffneten Claudia Zott und Sabine Eling-Saalmann die Veranstaltung mit einem Rückblick auf zehn erfolgreiche Jahre Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Kommunen und andere öffentliche Einrichtungen. Über die gesamte Laufzeit seit 2009 hat die EU Service-Agentur so beispielsweise in den Interreg-Programmen die Einwerbung von knapp 4,4 Mio. Euro an zusätzlichen EU-Fördermitteln unterstützt. Immer größere Erfolge stellten sich auch im Bereich Erasmus+ ein. So konnten allein im Jahr 2018 unterschiedliche Akteure in Sachsen-Anhalt ca. 260.000 Euro aus dem EU-Bildungsprogramm mit unserer Hilfe akquirieren.

Mit Hilfe dieser „europäischen Drittmittel“ wurden Partnerschaften, Netzwerke und Projekte mit anderen europäischen Kommunen, Bildungseinrichtungen oder auch zahlreichen Akteuren der Zivilgesellschaft ermöglicht. Gemeinsam konnten Erfahrungen ausgetauscht und innovative Lösungen erarbeitet werden und somit ganz konkret ein wertvoller Beitrag zum Errichten des „Hauses Europa“ geleistet werden.

Mit Frau Professor Dr. Heidbreder – Lehrstuhlinhaberin „Regieren im Europäischen Mehrebenensystem“ der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg – konnte eine ausgesprochene Europaexpertin als Referentin gewonnen werden. „Wer noch immer glaubt, im Parlament wird über Gurken geredet, verpasst eine besondere Chance zur Mitgestaltung“, so Frau Professor Dr. Heidbreder.





Unter dem Thema „Aktuelles aus Brüssel“ informierte Dr. David Fenner von der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union in Brüssel „tagesaktuell“ über spannende Themen und Entwicklungen auf Brüsseler Ebene. Im Mittelpunkt stand hier insbesondere die Ausrichtung der neuen Förderperiode 2021-2027, so sieht beispielweise der Entwurf der EU-Kommission vor, das Budget für Erasmus+ von derzeit ca. 15 Mrd. auf ca. 30 Mrd. Euro zu verdoppeln. Aus Sicht der EU Service-Agentur im Übrigen eine besonders erfreuliche Entwicklung, zeigt sich doch am stetig steigenden Beratungsbedarf, dass das EU-Bildungsprogramm – über alle Sektoren hinweg – sich immer größerer Beliebtheit erfreut.



Viele Teilnehmer nutzten die Möglichkeit im Anschluss an die Impulsvorträge die Themen in



lebhaften Diskussionen mit den jeweiligen Referenten zu vertiefen. Abschließend gab Kathrin Hamel von der EU Service-Agentur einen Überblick über aktuell offene Bewerbungsfristen im Bereich der EU-Aktionsprogramme und anstehende Termine. Besonders hervorzuheben sei an dieser Stelle vor allem die vom 18. – 20. September stattfindende Fortbildungsveranstaltung „EU-Förderung für Kommunen“. Weitere Informationen zu dieser und weiteren

Veranstaltungen wie auch einen Rückblick zur Kooperationsplattform mit Fotoimpressionen finden Sie unter:

www.eu-serviceagentur.de/termine-veranstaltungen/veranstaltungen-eu-service-agentur/

•Gastartikel



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Stellenausschreibung für die Stelle des Exekutivdirektors/der Exekutivdirektorin der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) Amsterdam (Bediensteter auf Zeit — Besoldungsgruppe AD 14) — COM/2019/20037
Fundstelle: Abl.	C 165 A vom 14. Mai 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:165A:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	13. Juni 2019
Antragsunterlagen:	Falls Sie sich bewerben möchten, müssen Sie sich zunächst im Internet auf folgender Seite anmelden und den dortigen Anleitungen zu den einzelnen Verfahrensschritten folgen: https://ec.europa.eu/dgs/human-resources/seniormanagementvacancies/CV_Encadext/index.cfm?fuseaction=premierAcces&langue=DE

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Generaldirektion Energie — Ausschreibung der Stelle eines Direktors (m/w) (Besoldungsgruppe AD 14) — GD ENER, Direktion A „Energiepolitik“ (Brüssel) (Artikel 29 Absatz 2 des Statuts) — COM/2019/10385
Fundstelle: Abl.	C 166 A vom 15. Mai 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:166A:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	14. Juni 2019
Antragsunterlagen:	Falls Sie sich bewerben möchten, müssen Sie sich zunächst im Internet auf folgender Seite anmelden und den dortigen Anleitungen zu den einzelnen Verfahrensschritten folgen: https://ec.europa.eu/dgs/human-resources/seniormanagementvacancies/CV_Encadext/index.cfm?fuseaction=premierAcces&langue=DE Zwecks weiterer Auskünfte und/oder bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte per E-Mail an: HR-MANAGEMENT-ONLINE@ec.europa.eu

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung — Ausschreibung der Stelle eines Hauptberaters (m/w) (Besoldungsgruppe AD 14) — (Artikel 29 Absatz 2 des Statuts) — COM/2019/10386
--------------------	--



Fundstelle: Abl.	C 166 A vom 15. Mai 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:166A:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	14. Juni 2019
Antragsunterlagen:	Falls Sie sich bewerben möchten, müssen Sie sich zunächst im Internet auf folgender Seite anmelden und den dortigen Anleitungen zu den einzelnen Verfahrensschritten folgen: https://ec.europa.eu/dgs/human-resources/seniormanagementvacancies/CV_Encadext/index.cfm?fuseaction=premierAcces&langue=DE Zwecks weiterer Auskünfte und/oder bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte per E-Mail an: HR-MANAGEMENT-ONLINE@ec.europa.eu

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion — Ausschreibung der Stelle eines Hauptberaters (m/w) (Besoldungsgruppe AD 14) — (Artikel 29 Absatz 2 des Statuts) — COM/2019/10384
Fundstelle: Abl.	C 166 A vom 15. Mai 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:166A:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	14. Juni 2019
Antragsunterlagen:	Falls Sie sich bewerben möchten, müssen Sie sich zunächst im Internet auf folgender Seite anmelden und den dortigen Anleitungen zu den einzelnen Verfahrensschritten folgen: https://ec.europa.eu/dgs/human-resources/seniormanagementvacancies/CV_Encadext/index.cfm?fuseaction=premierAcces&langue=DE Zwecks weiterer Auskünfte und/oder bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte per E-Mail an: HR-MANAGEMENT-ONLINE@ec.europa.eu

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Generaldirektion Handel — Ausschreibung der Stelle eines Hauptberaters (m/w) (Besoldungsgruppe AD 14) — (Artikel 29 Absatz 2 des Statuts) — COM/2019/10387
Fundstelle: Abl.	C 166 A vom 15. Mai 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:166A:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	14. Juni 2019
Antragsunterlagen:	Falls Sie sich bewerben möchten, müssen Sie sich zunächst im Internet auf folgender Seite anmelden und den dortigen Anleitungen zu den einzelnen Verfahrensschritten folgen:



	https://ec.europa.eu/dgs/human-resources/seniormanagementvacancies/CV_Encadext/index.cfm?fuseaction=premierAcces&langue=DE Zwecks weiterer Auskünfte und/oder bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte per E-Mail an: HR-MANAGEMENT-ONLINE@ec.europa.eu
--	---

Gegenstand:	EUROPÄISCHE ZENTRALBANK Aufruf zur Interessenbekundung für externe Sachverständige (m/w) zur Ernennung zum Mitglied des Administrativen Prüfungsausschusses der Europäischen Zentralbank (Frankfurt am Main)
Fundstelle: Abl.	C 167 A vom 16. Mai 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:167A:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	Bewerbungen müssen spätestens 21 Kalendertage nach der Veröffentlichung des Aufrufs zur Interessenbekundung im <i>Amtsblatt der Europäischen Union</i> eingereicht werden. Bewerbungen können per Einschreiben oder privatem Kurierdienst eingereicht werden, wobei der Stempel des Postamts oder die Bescheinigung des Kurierdienstes als Nachweis der Einhaltung der vorgenannten Bewerbungsfrist dient. Jedoch wird die EZB Bewerbungen nicht prüfen, die bei der EZB zehn Kalendertage oder mehr nach Ablauf der Frist eingehen. Bewerbungen sind an folgende Adresse zu richten: European Central Bank Director General Legal Services 60640 Frankfurt am Main Germany

Eine Karriere in Europa

- das Europäische Personalauswahlamt (EPSO) organisiert am **28. Mai 2019 eine Online-Karrieremesse**, um über die anstehenden EU-Auswahlverfahren zu informieren. Sie können sich unter dem folgenden Link registrieren: <https://www.globalcareersfair.com/event/shaping-europe-together/>
- Die Europäische Union sucht Hochschulabsolventinnen und -absolventen (AD 5) sowie erfahrene Spezialistinnen und Spezialisten (AD 7) im **Bereich Audit**. Die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden in erster Linie für die Europäische Kommission in Brüssel und den Europäischen Rechnungshof in Luxemburg tätig sein.
Der Bewerbungszeitraum endet am 12. Juni 2019 um 12.00 Uhr (mittags) MEZ.
Weitere Informationen finden Sie in der beigefügten Ausschreibung und unterfolgendem Link: https://epso.europa.eu/content/Administrators-field-Audit_de
- Die Ausschreibung des diesjährigen **AD5 Generalisten-Concours** wird voraussichtlich am **23.05.2019** veröffentlicht.



- Übrigens: **Die Bewerbungsfrist für die im September startenden Praktika beim Europäischen Rechnungshof endet am 31.05.2019.**
<https://www.eca.europa.eu/de/Pages/traineeshipcomplet.aspx>
- Darüber hinaus bestehen Angebote von **EUROJUST**
https://epso.europa.eu/content/Administrators-field-Audit_de) sowie der der **Generaldirektion Wettbewerb** (Sophie.MOONEN@ec.europa.eu Head of Unit F 2 oder Hanna.STANDTKE@ec.europa.eu Casehandler F 2) der europäischen Kommission, die **Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren** die Möglichkeit bieten, ihre **Wahl- oder Verwaltungswahlstation** dort abzuleisten.
- *eag Quelle: Rundmail AA vom 8. Mai 2019*

Kampagne „Europa in meiner Region“ - Hilfe für Präsentation EU-finanzierter Projekte

Damit Projekte, die überall in Europa von der EU finanziert werden, bekannter werden, bietet die EU-Kommission Unterstützung bei der Kommunikation an. Im Rahmen der Kampagne „Europa in meiner Region“ (#EUinmyRegion) können Projektbeteiligte an Online-Schulungen teilnehmen, die ihnen dabei helfen sollen, Veranstaltungen wie einen „Open Day“ für ihr Projekt zu organisieren und soziale Medien effizient für die Kommunikation zu nutzen.

Wer eine Kurzbeschreibung seiner EU-finanzierten Initiative und Fotos und Videoaufnahmen einreicht, kann bis zu 300 kostenlose Postkarten erhalten, mit denen für das Projekt geworben werden kann. Zu 20 ausgewählten Projekten lässt die EU-Kommission professionelle, einminütige Videos erstellen. Ferner können **bis zum 18. August** Erfahrungsberichte über Projekte eingereicht werden, für die die Kommission anbietet, Werbung zu machen. Sechs Gewinner des Erfahrungsberichte-Wettbewerbs werden im Herbst zu einer Kommunikationsschulung nach Brüssel eingeladen.

- *eag Quelle: EU-Nachrichten 09/19*

[#EUinmyregion](https://twitter.com/EUinmyregion)



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Technologiegesuch Enterprise Europe Network Belgien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	Belgisches Unternehmen sucht Partner für die Entwicklung eines persönlichen Defibrillators Ein belgisches KMU hat in Zusammenarbeit mit einem Anästhesisten-Notarzt ein Konzept für einen tragbaren Defibrillator (AED) entwickelt. Gesucht wird ein Partner (Unternehmen oder Forschungszentrum) im Rahmen einer Forschungsk Kooperation, um einen Prototypen zu entwickeln und das Produkt zur Marktreife zu bringen. Für eine optimale Miniaturisierung insbesondere des Kondensators ist technisches Know-how in den Bereichen Batterie, Elektrode und Elektronik gefragt. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/89d1aacc-a362-4b00-9e68-11b0054685e6 Referenznummer: TRBE20190114001
Technologiegesuch Enterprise Europe Network Österreich	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	Kommunikationslösung für den Informationsaustausch zum Prozessstatus in der Gießereiindustrie gesucht Ein österreichisches Unternehmen aus der Gießereiindustrie sucht nach einer verbesserten Kommunikationslösung für den Einsatz unter extremen industriellen Bedingungen (Lärm, Schmutz, hohe



		<p>Temperaturen). Die Technologie sollte in der Lage sein, Informationen über den Prozessstatus entlang der Produktionslinie in Echtzeit auszutauschen. Mögliche Lösungen könnten von visuellen, nonverbalen bis hin zu Mensch-Maschine-Schnittstellen reichen. Potenzielle Partner aus der Industrie sollten eine solche technische Lösung anbieten. Das Unternehmen will die Technologie im Rahmen einer technischen Zusammenarbeit oder einer kommerziellen Zusammenarbeit mit technischer Unterstützung in seinen Produktionsprozess einführen.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/fc71a6bf-0042-4bcb-acb8-4b01e22ead77</p> <p>Referenznummer: TRAT20190502001</p>
Technologiegesuch	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt	Spanisches Softwareunternehmen sucht Hersteller von Tragwerken
Enterprise Europe Network	Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	Ein spanisches Softwareentwicklungsunternehmen hat sich auf die Entwicklung maßgeschneiderter Software spezialisiert und sucht ein Produktionsunternehmen, das auf den Bau von Tragkonstruktionen wie Windturbinen-, Hochspannungs- oder Telekommunikationsmasten spezialisiert ist. Der gesuchte Partner soll bei der Verbesserung und Validierung eines Optimierungsservers für Anisogrid-Strukturen helfen, z.B. durch die Bereitstellung echter Daten für die Validierung oder durch Rückmeldung zur Leistungssteigerung. Das Unternehmen möchte eine Vereinbarung über technische Zusammenarbeit abschließen.
Spanien		<p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/c436b86c-0d0f-462b-b17f-9de3a91c2963</p> <p>Referenznummer: TRES20190513001</p>



Geschäftliches Gesuch	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt	Rumänischer Distributor von Landmaschinen sucht Hersteller
Enterprise Europe Network	Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	Ein rumänisches Unternehmen, das sich auf den Verkauf von Traktoren und Ausrüstungen für landwirtschaftliche Tätigkeiten spezialisiert hat, sucht nach neuen Produzenten solcher Spezialausrüstungen, um seinen Bedarf zu decken. Gefragt sind Hersteller von hochwertigen Landmaschinen wie Traktoren und Bewässerungssystemen, die daran interessiert sind, ihre Vertriebsaktivitäten auch auf dem rumänischen Markt auszubauen. Es wird beabsichtigt, langfristige Partnerschaften im Rahmen eines Handelsvertreter- oder Vertriebsdienstleistungsvertrages einzugehen.
Rumänien		Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/5060cc95-5b20-4d0b-913e-0ff6252bca56 Referenznummer: BRRO20190507001

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de

Lernen Sie uns besser kennen – Jetzt für den Newsletter des Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt anmelden!

Monatlich informiert das Enterprise Europe Network (EEN) Sachsen-Anhalt über relevante EU-Themen für Unternehmen in der Region. Von Veranstaltungshinweisen im In- und Ausland bis hin zu wichtigen Neuigkeiten aus der EU, internationale Partnergesuche für Technologie-, Geschäfts- oder Forschungskooperationen sowie interessante Fördermöglichkeiten von Land, Bund und EU. Wenn Sie immer auf dem aktuellen Stand sein möchten, haben Sie jetzt die Möglichkeit sich online für den Newsletter zu registrieren. Dazu ganz einfach [das kurze Anmeldeformular auf unserer Webseite](#) ausfüllen.





Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

Tipp – Informationen über die EU - Rednerdienst vermittelt Experten für EU-Themen

Viele Europäerinnen und Europäer haben konkrete Fragen zur EU, ihrem Funktionieren und ihrer Politik. Zum Beispiel: Wie funktioniert der Binnenmarkt? Wie studiert und arbeitet man im EU-Ausland? Wie geht es weiter in der EU-Asylpolitik?

Zahlreiche Einrichtungen und Organisationen in allen Mitgliedstaaten bemühen sich, solche Fragen zu beantworten, teils durch Informationsveranstaltungen. Wer einmal einen EU-Experten für einen Vortrag gewinnen will, kann auf den Rednerdienst der EU-Kommission zurückgreifen. Bei zahlreichen Veranstaltungen an Schulen, Universitäten sowie auf Konferenzen für die breite Öffentlichkeit kommunizieren die unabhängigen Experten EU-Politik auf lokaler Ebene. Eine Liste des Rednerteams in Deutschland führt die deutsche Vertretung der EU-Kommission.

Der Rednerdienst ergänzt die Informationsarbeit der Europäischen Dokumentationszentren (EDC) und der über die ganze EU verteilten Europe Direct Informationszentren (EDIC), von denen es in Deutschland 47 gibt. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 09/19*

[EU vor Ort](#)

Tipp - Europabildung in der Grundschule: Wochenschau-Verlag hat Buch für Unterrichtspraxis herausgebracht

Die europäische Integration kann auch im frühen Schulalter, in der Primarstufe, Thema im Unterricht sein. Viele Lehrer fragen sich aber vielleicht, wie ein früher Europaunterricht aussehen könnte. Ein Buch mit verschiedenen Konzepten, Entwürfen aus unterschiedlichen fachdidaktischen Perspektiven, empirischen Befunden zu Wissen und Einstellungen von Grundschulkindern sowie mit unterrichtspraktischen Erfahrungen und Vorschlägen hat der Wochenschau-Verlag herausgebracht. Dabei geht es etwa um den Unterricht mit Concept Maps, um Erfahrungen mit EU-Planspielen in der Grundschule oder um Wissen und Präkonzepte von Viertklässlern über Europa und die EU. Herausgegeben wird das Buch von den Politikwissenschaftlern Klaus Detterbeck und Helmar Schöne. Es kostet 19,90 in der Printversion und 15,99 Euro als PDF-Dokument.

• *eag Quelle: EU-Nachrichten 09/19*



Hier können Sie [das Buch bestellen](#)



GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Vom 23. bis 26. Mai 2019 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Auf dem Endspurt zur EU-Wahl haben wir uns in den letzten Wochen in diesem Quiz mit einem siebenwöchigen Europawahl-Spezial verschiedenen Politikbereichen der EU gewidmet, die auch im Rennen um die Sitze im Europäischen Parlament eine Rolle spielen, natürlich neutral und überparteilich. In den letzten Wochen ging es daher unter anderem um Außen- und Sicherheitspolitik, Klima- und Digitalpolitik sowie Wirtschafts- und Sozialpolitik. In der letzten Ausgabe vor der Europawahl möchten wir nun darauf schauen, wer eigentlich wählt. Wer sind denn die Bürgerinnen und Bürger der EU? Was vereint sie in aller Vielfalt?

1. Die sprachliche Vielfalt der EU zu erhalten sowie den Dialog zwischen den Menschen der unterschiedlichen Länder der EU zu fördern ist Ziel der Sprachenpolitik der EU. Kenntnisse über die Sprachen der europäischen Nachbarn werden demnach als einer der Schlüssel zu einem vereinigten Europa gesehen. Daher lautet die Zielvorgabe, dass jeder EU-Bürger/ jede EU-Bürgerin nach Möglichkeit mindestens zwei Sprachen plus die Muttersprache sprechen soll. In welchem EU-Land lernen die Schülerinnen und Schüler durchschnittlich die meisten Fremdsprachen in der weiterführenden Schule?

- a) Rumänien
- b) Luxemburg
- c) Dänemark





2. Wie sehen die Bürgerinnen und Bürger den Aufstieg von Protestparteien mehrheitlich (laut Eurobarometer Frühjahr 2019)?

- a) Der Aufstieg von Protestparteien in vielen europäischen Ländern ist zwar keine Lösung, könnte aber dazu führen, dass sich die etablierten Parteien reformieren.
- b) Der Aufstieg von Protestparteien in vielen europäischen Ländern ist positiv zu sehen und eine Alternative zu etablierter Politik.
- c) Der Aufstieg von Protestparteien in vielen europäischen Ländern stellt ein Problem dar.

3. In allen Mitgliedsstaaten sind deutliche Unterschiede zwischen den typischen Lebensverläufen von Männern und Frauen erkennbar. Welche Aussage stimmt?

- a) Frauen verlassen ihr Elternhaus durchschnittlich mit 25 Jahren, Männer mit 27 Jahren.
- b) Frauen gehen durchschnittlich drei Jahre früher in den Ruhestand als Männer.
- c) Frauen beginnen ihre erste Beschäftigung durchschnittlich mit 20 Jahren, Männer schon mit 18 Jahren.



Lösungen:

1. b) Luxemburg ist Spitzenreiter in Sachen Fremdsprachenerwerb in der EU. Dort lernen die Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen im Schnitt 2,4 Sprachen. Außerdem gebrauchen in Luxemburg aufgrund der besonderen Sprachsituation Luxemburgs viele Menschen auch in ihrem Alltag mehrere Sprachen: Luxemburgisch, Französisch und Deutsch. Rumänien folgt gemeinsam mit Estland mit durchschnittlich zwei gelernten Sprachen. Dahingegen befindet sich Dänemark gemeinsam mit Deutschland, Portugal, Griechenland und Irland auf den letzten Plätzen mit durchschnittlich nur 0,8 bis 0,9 gelernten Fremdsprachen. Die gesamte Statistik finden Sie hier:

https://europa.eu/european-union/about-eu/figures/living_de#sprachen

2. c) Laut der Eurobarometerumfrage „Closer to the citizens, closer to the ballot“ vom Frühjahr 2019 sehen die EU-Bürgerinnen und EU-Bürger den Aufstieg von Parteien, die gegen die traditionellen politischen Eliten protestieren, sogenannten Protestparteien, mehrheitlich kritisch und als Problem an. Insgesamt 61 % stimmten dieser Aussage komplett zu. Allerdings gibt es auch starke Unterschiede zwischen den Ländern: Während in Schweden, Finnland, Deutschland und Belgien mit über 70 % Protestparteien sehr stark als Problem wahrgenommen werden, stimmen in den baltischen Ländern sowie Bulgarien der Aussage nur zwischen 40 und 50 % komplett zu.

Die ganze Eurobarometerumfrage sowie eine Zusammenfassung der Ergebnisse finden Sie hier: <http://www.europarl.europa.eu/at-your-service/de/be-heard/eurobarometer/closer-to-the-citizens-closer-to-the-ballot>

28

3. a) Frauen verlassen ihr Elternhaus durchschnittlich deutlich früher als Männer, nämlich mit 25 Jahren, während die Männer durchschnittlich bis 27 zu Hause wohnen (oder zumindest gemeldet) bleiben. Dies ist Teil der Ergebnisse des statistischen Portraits „Das Leben von Frauen und

Männern in Europa“ aus dem Jahr 2018. Auch heiraten Frauen in Europa im Schnitt drei Jahre früher (mit 27 Jahren), gleichzeitig leben sie länger. Nur geringe Unterschiede gibt es wiederum beim Renteneintrittsalter sowie bei dem Beginn der ersten Beschäftigung.

Eine visuell gut aufbereitete Darstellung des Berichts finden sie hier: https://service.destatis.de/DE/FrauenMaennerEuropa/DE_DE_womenmen_core/.

Dies war der letzte Teil unseres Wahl-Spezials. Am kommenden **Sonntag, dem 26. Mai**, findet in Deutschland die Europawahl statt. Nutzen Sie Ihr Stimmrecht! Ausführliche Informationen sind auf der Seite zur Wahl des Europäischen Parlaments zur Europawahl gesammelt: www.europawahl.eu. Ansprechpartner in Sachsen-Anhalt ist außerdem das Europe Direct Informationszentrum Sachsen-Anhalt/ Halle (info@europedirect-halle.de).



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
NN	Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Voigt (SV)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr	...38	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Steffi Mitschke (SM)	Hospitantin	...16	E-Mail
Anna Hillendahl (AH)	Praktikantin	...22	E-Mail
Jennifer Vinzelberg (JV)	Praktikantin	...22	E-Mail
Martin Wöpke (MW)	Praktikant	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

